

BGB kompakt

Allgemeiner Teil - Schuldrecht - Sachenrecht

von
Prof. Dr. Wolfgang Däubler

3. Auflage

[BGB kompakt – Däubler](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen zum BGB, allgemeine Fragen zum Zivilrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2008

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](#)

ISBN 978 3 406 58128 1

Inhaltsübersicht

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis	XI
Einführung	1
Teil I. Rahmenbedingungen des Zivilrechts	17
Kap. 1. Recht als soziales Phänomen	17
Kap. 2. Das Zivilrecht als Teil des Rechtssystems	49
Kap. 3. Das BGB: Entstehung, innerer Aufbau und Fortentwicklung	62
Teil II. Rechtssubjekte und Rechtsverhältnisse	77
Kap. 4. Das Rechtssubjekt: Der Mensch und andere Personen	77
Kap. 5. Das Rechtssubjekt und die juristischen Beziehungen zu seiner Umwelt	132
Teil III. Rechtliche Regelung des Marktes	167
Kap. 6. Die Vermarktungsfähigkeit	167
Kap. 7. Grundelemente des Handelns auf dem Markt	183
Kap. 8. Die Willenserklärung	206
Kap. 9. Willensmängel	222
Kap. 10. Fehlende Geschäftsfähigkeit	244
Kap. 11. Der Abschluss von Verträgen	271
Kap. 12. Handeln für andere, insbesondere Stellvertretung	340
Kap. 13. Der Inhalt von Verträgen und anderen Rechtsgeschäften	380
Kap. 14. Rechtswidrige Verträge und Vertragsklauseln	450
Kap. 15. Die planmäßige Erbringung der Leistung	495
Kap. 16. Leistungsstörungen	518
Kap. 17. Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	551
Kap. 18. Die Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	583

Teil IV. Einzelne Vertragstypen	613
Kap. 19. Kaufvertrag	613
Kap. 20. Gebrauchsüberlassung	676
Kap. 21. Sicherungsrechte	743
Kap. 22. Dienstleistungen	799
Kap. 23. Risiko als Vertragsgegenstand	863
Kap. 24. Unentgeltliche Zuwendung von Vorteilen, insbesondere Schenkung und Geschäftsführung ohne Auftrag	877
Teil V. Recht der unerlaubten Handlung	899
Kap. 25. Grundprobleme des Rechtsgüterschutzes	899
Kap. 26. Die Haftung aus verschuldetem Unrecht	916
Kap. 27. Haftung bei vermutetem Verschulden	974
Kap. 28. Gefährdungshaftung und Haftung aus Eingriff	991
Kap. 29. Sonderregeln zur Produkthaftung	1014
Kap. 30. Was bedeutet „Schadensersatz“?	1031
Kap. 31. Mitwirkendes Verschulden, Handeln auf eigene Gefahr, vertragliche Beschränkung der Haftung	1068
Kap. 32. Verantwortlichkeit mehrerer Schädiger	1083
Kap. 33. Schutz bei rechtswidrigen Eingriffen: Beseitigungs und Unterlassungsanspruch, Herausgabe des Erlangten	1091
Kap. 34. Umwelthaftung	1107
Anhang	1128
I. Lösungen zu Wiederholungsfragen und Fällen	1130
II. Abkürzungsverzeichnis	1177
III. Literaturverzeichnis	1181
Stichwortverzeichnis	1187

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite V
Inhaltsübersicht	VII
Einführung	1
1. Das Ziel: Grundstrukturen verstehen	1
2. Fünf Hindernisse, sich den Rechtsstoff in Vorlesungen anzueignen	3
3. ... und was man dagegen tun kann	6
4. Weitere Arbeitsmittel	8
5. Die Lösung von „Fällen“ – der praktisch wichtigste Teil der juristischen Arbeit	13

Teil I. Rahmenbedingungen des Zivilrechts

Kapitel 1. Recht als soziales Phänomen

1. Übersicht	17
2. Recht, Üblichkeiten und Moral	18
2.1 Recht als Verhaltensnorm	18
2.2 Üblichkeiten als Verhaltensnorm	21
2.3 Moral als Verhaltensnorm	21
2.4 Überschneidungen	22
2.5 Die verbleibende Freiheit	24
2.6 Recht als subsidiäre Ordnung	25
3. Erscheinungsformen des Rechts	26
3.1 Das geschriebene Recht	26
3.1.1 Erscheinungsformen und Rang	26
3.1.2 Insbesondere: Verfassungsrecht	27
3.1.3 Insbesondere: EG-Recht	28
3.1.4 Zwingendes und nachgiebiges Recht	29
3.2 Das Gewohnheitsrecht	30
3.3 Das so genannte Richterrecht	30
3.3.1 Ursachen	30

3.3.2	Methodisches Vorgehen	32
3.3.3	Ein wichtiges Beispiel	33
3.3.4	Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)	36
3.3.5	Richterrecht als Rechtsquelle?	37
3.4	Wissenschaftlerrecht	38
4.	Wachsende Verrechtlichung des menschlichen Lebens?	39
4.1	Die quantitative Seite: Mehr „Rechtsstoff“?	40
4.2	Die qualitative Seite: Freiheit durch Recht oder Reglementierung?	41
4.3	Ergebnis	43
5.	Recht und Rechtswirklichkeit	43
6.	Rahmenbedingungen für den Inhalt des Rechts	44
6.1	Die unübersteigbare verfassungsrechtliche Schranke	45
6.2	Elementare Anforderungen der sozialen Marktwirtschaft	45
6.3	Konsequenzen	45
6.4	Spielräume im politischen Prozess	46
7.	Ungerechtes Recht	47
8.	Wiederholungsfragen	48

Kapitel 2. Das Zivilrecht als Teil des Rechtssystems

1.	Die Zweiteilung in öffentliches Recht und Privatrecht	49
1.1	Erscheinungsformen	49
1.2	Anwendungsprobleme	49
1.3	Zuordnung einzelner Gesetze u. Rechtsnormen	50
1.4	Die Theorien zur Abgrenzung	50
1.5	Einordnung bestimmter Verhaltensweisen	52
1.6	Anwendung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Vorschriften auf ein Rechtsverhältnis	53
2.	Das Zivilrecht als Kern des Privatrechts	53
2.1	Zivilrecht und „Sonderprivatrechte“	53
2.2	Inhaltliche Schwerpunkte des Zivilrechts	54
2.3	Sonderprivatrechte	55
3.	Materielles Recht und Prozessrecht	56
3.1	Inhaltliche Unterscheidung	56
3.2	Der Aufbau der Gerichte	58
3.3	Individualklage und Verbandsklage	60
4.	Wiederholungsfragen	61

Kapitel 3. Das BGB: Entstehung, innerer Aufbau und Fortentwicklung

1.	Die zivilrechtliche Situation bei der Reichsgründung	
	1871	62
1.1	Insbesondere: ALR	62
1.2	Insbesondere: Gemeines Recht	63
2.	Die Vorbereitungsarbeiten zum BGB	64
3.	Aufbau und Systematik des BGB	66
4.	Das BGB als liberale Marktverfassung	69
5.	Die Weiterentwicklung des BGB	71
6.	Reformschub durch die EG	74
7.	Wiederholungsfragen	75
	Überblick über den Gang der Darstellung	75

Teil II. Rechtssubjekte und Rechtsverhältnisse

Kapitel 4. Das Rechtssubjekt: Der Mensch und andere Personen

1.	Das Grundprinzip: Universelle Rechtsfähigkeit der natürlichen Person	77
1.1	Begriff	77
1.2	Historische und aktuelle Ausnahmen	79
1.2.1	Geschichte	79
1.2.2	Gegenwartsprobleme	81
1.3	Der Beginn der Rechtsfähigkeit und die Stellung des Embryos	84
1.3.1	Anwartschaft auf künftige Vermögensrechte	84
1.3.2	Schutz der körperlichen Integrität des nasciturus	86
1.3.3	Tendenz zur Subjektivierung von Rechten?	88
1.3.4	Embryonenschutzgesetz	89
1.4	Das Ende der Rechtsfähigkeit und der Persönlichkeits- schutz nach dem Tode	90
1.4.1	Persönlichkeitsrecht nach dem Tode?	90
1.4.2	Organentnahme zu Zwecken der Transplantation	92
1.4.3	Todeserklärung	92
2.	Die juristische Person	93
2.1	Funktion und Bedeutung	93
2.2	Wie wird die Rechtsfähigkeit erlangt?	94

2.3	Die Rechtsnatur der juristischen Person	95
2.4	Herauslösung der Unternehmensformen aus dem allgemeinen Zivilrecht	96
2.5	Persönlichkeitsrecht für juristische Personen?	97
2.6	Die ultra-vires-Lehre	98
2.7	Der abhängige Rechtsträger	98
2.7.1	Das Problem	98
2.7.2	Erste Lösungsansätze	99
2.7.3	Ausbildung eines Konzernrechts	99
3.	Rechtsfähige Gesamthandsgemeinschaften	101
3.1	Das gesetzliche Grundmodell	101
3.2	Die konkreten Formen im BGB	102
3.3	Rechtsfähige Handelsgesellschaften	103
3.4	Die rechtsfähige Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	104
3.5	Verbleibende Unterschiede zur juristischen Person	105
3.6	Exkurs: Bruchteilsgemeinschaft	105
3.7	Mischformen	106
4.	Insbes.: Der eingetragene Verein	107
4.1	Die ursprüngliche Konzeption des BGB	107
4.2	Die heutige Vereinsrealität	108
4.3	„Idealvereine“ und wirtschaftliche Vereine	109
4.4	Die Gründung eines e.V.	110
4.5	Mitgliederversammlung und Vorstand	111
4.6	Rechte und Pflichten des einzelnen Mitglieds	113
4.7	Auflösung des Vereins	114
4.8	Ausländische Vereine	115
4.9	Der nichtrechtsfähige Verein	116
4.9.1	Die ursprüngliche Konzeption des BGB	116
4.9.2	Korrektur durch die Rechtsprechung	116
5.	Insbes.: Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	117
5.1	Erscheinungsformen in der Praxis	117
5.2	Die dispositiven Gesetzesbestimmungen	118
6.	Rechtlich verselbständigte Sondervermögen	121
6.1	Die Stiftung des Privatrechts	121
6.1.1	Erscheinungsformen	121
6.1.2	Gründung und Verfassung der Stiftung	122
6.1.3	Grenzen der Stiftung	124
6.1.4	Rechtspolitische Einschätzung	124
6.2	Die Keinmann-Gesellschaft	125

7.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	126
8.	Umwandlung	128
9.	Schaffung neuer Rechtsträger?	129
10.	Nachbemerkung	130
11.	Wiederholungsfragen und Fälle	131

Kapitel 5. Das Rechtssubjekt und die juristischen Beziehungen zu seiner Umwelt

1.	Das Rechtsverhältnis	132
1.1	Zuordnung bestimmter Rechtsgüter an den Einzelnen ...	132
1.2	Entstehung von Rechtsverhältnissen zwischen Menschen als konkrete Konsequenz	133
1.2.1	Abschluss von Verträgen	133
1.2.2	Störung der Güterzuordnung	134
1.3	Konsequenzen: absolute und relative Rechte	134
2.	Absolute Rechte	136
2.1	Sacheigentum und andere Rechte	136
2.2	Persönlichkeitsgüter	136
2.3	Das Sacheigentum	139
2.3.1	Grenzfälle	139
2.3.2	Verschiedene Arten von Sachen	140
2.3.3	Bestandteile einer Sache	141
2.3.4	Zubehör von Sachen	142
2.4	Sonstige Vermögensrechte	143
2.4.1	Abspaltungen vom Sacheigentum: Die sog. beschränkten dinglichen Rechte	143
2.4.2	Aneignungsrechte	144
2.4.3	Besitz	144
2.5	Mischformen	145
2.5.1	Immaterialgüterrechte	145
2.5.2	Mitgliedschaftsrechte	145
2.6	Der Schutz der absoluten Rechte	146
2.6.1	Selbsthilfe	146
2.6.2	Gerichtlich durchsetzbare Ansprüche	148
3.	Relative Rechte	151
3.1	Schuldverhältnis – Gläubiger – Schuldner	151
3.2	Nebenpflichten	152
3.2.1	Nebenleistungspflichten	152
3.2.2	Schutzpflichten	153

3.2.3	Übernahme ins Gesetz	154
3.3	Der Schutz relativer Rechte	154
3.3.1	Bei Verletzung durch den Schuldner	154
3.3.2	Bei Verletzung durch Dritte	155
3.4	Veränderung durch Ausübung von „Gestaltungsrechten“	156
3.5	Einreden und Einwendungen	157
4.	Die Konzeption des subjektiven Rechts	158
5.	Einzelfragen	160
5.1	Verjährung	160
5.1.1	Grundsätze	160
5.1.2	Die Regeln im Einzelnen	161
5.2	Inhaltliche Schranken für die Ausübung subjektiver Rechte	162
5.2.1	Schikane	162
5.2.2	Rechtsmissbrauch	162
6.	Ein Fall aus der Praxis	163
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	165

Teil III. Rechtliche Regelung des Marktes

Kapitel 6. Die Vermarktungsfähigkeit

1.	Einleitung	167
2.	Unveräußerliche Persönlichkeitswerte	168
2.1	Arbeit für andere – unproblematisch?	169
2.2	Vermarktung von bestimmten Körperfunktionen und von Organen?	170
2.2.1	Prostitution	170
2.2.2	Leihmutterschaft	171
2.2.3	Organhandel	172
2.2.4	Persönlichkeitsbefugnisse mit Nähe zur Erwerbsarbeit	172
2.3	Möglichkeit zu künftigem Erwerb als Attribut der Person?	173
2.4	Absicherung des Existenzminimums?	174
3.	Gemeinschaftsgüter	175
3.1	Begriff	175
3.2	Rechtliche Behandlung	175
3.2.1	Luft und fließendes Wasser	175
3.2.2	Öffentliche Sachen	175
3.2.3	Umgang mit dem in der Gesellschaft vorhandenen Wissen	177

3.2.4	Schutz gegen Beeinträchtigungen	178
4.	Der Ausschluss gefährlicher Sachen vom Markt	178
5.	Sicherung demokratischer Institutionen	179
6.	Rechtsgeschäftlicher Ausschluss der Vermarktungsfähigkeit?	180
6.1	Der Grundsatz	180
6.2	Ausschluss der Treuhand und Entwicklung Sonderbestimmungen	180
6.3	Sonderbestimmungen	181
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	182
 Kapitel 7. Grundelemente des Handelns auf dem Markt		
1.	Die Privatautonomie	183
1.1	Die Selbstbestimmung des Einzelnen als Basis	183
1.2	Formale oder reale Selbstbestimmung?	184
1.3	Korrekturen	185
1.3.1	Der traditionelle Ansatz	185
1.3.2	Verfassungsrechtliche Vorgaben	186
1.3.3	Differenzierung nach Ausübungsformen der Privatautonomie	187
1.3.4	Machtlosigkeit trotz „gerechter Verträge“?	188
1.3.5	Ein Stück realer Freiheit?	189
2.	Die rechtstechnische Umsetzung: Das Rechtsgeschäft	189
2.1	Einseitige Rechtsgeschäfte	190
2.2	Verträge als zwei- und mehrseitige Rechtsgeschäfte	191
2.3	Gesamtakt, Beschluss und Organisationsvertrag	192
2.4	Vermögens- und personenbezogene Rechtsgeschäfte	193
2.5	Regelungstechnik des BGB	193
3.	Sonstiges rechtserhebliches Tun	194
3.1	Ergänzung und Eingrenzung von Abmachungen durch staatliches Recht	195
3.2	Rechtsgeschäftsähnliche Handlungen	195
3.3	Realakte	196
4.	Handeln im rechtsfreien Raum (insbes. sog. Gefälligkeitsverhältnisse)	197
4.1	Anwendungsfälle	197
4.2	Rechtsfolgen	198
4.2.1	Keine Ansprüche, keine Rückabwicklung	198
4.2.2	Integritätsschutz bei Gefälligkeitsverhältnissen	198

4.2.3	Integritätsschutz im Rahmen anderer nicht verrechtlichter Beziehungen	200
4.3	Grenzfälle zwischen rechtlicher Bindung und Gefälligkeit	200
4.3.1	Der eindeutige Ausschluss des „Rechtsbindungswillens“	201
4.3.2	Indizien für und gegen den Rechtsbindungswillen	202
4.4	Zusammenfassung	204
5.	Wiederholungsfragen und Fälle	205

Kapitel 8. Die Willenserklärung

1.	Der Normalfall: Die Willenserklärung und ihre Bestandteile	206
1.1	Der Wille	206
1.2	Die Erklärung	208
1.3	Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	209
2.	Abgabe und Zugang einer (empfangsbedürftigen) Willenserklärung	210
2.1	Unter Abwesenden	211
2.1.1	Die Abgabe der Willenserklärung	211
2.1.2	Der Zugang der Willenserklärung	211
2.2	Unter Anwesenden	213
2.3	Schwer verständliche Erklärungen	213
3.	Willenserklärung und Empfängerperspektive	214
3.1	Das Problem der Auslegung	214
3.1.1	Auslegung allein nach dem Willen des Erklärenden	215
3.1.2	Auslegung aus der Sicht des Empfängers	215
3.2	Willenserklärung kraft Vertrauenschutzes?	217
3.2.1	Fehlender Geschäftswille	217
3.2.2	Fehlendes Erklärungsbewusstsein	217
3.3	Fingierte Willenserklärungen – Schweigen als Rechtsgeschäft	218
3.4	Widersprüchliche Willenserklärungen	220
4.	Wiederholungsfragen und Fälle	220

Kapitel 9. Willensmängel

1.	Überblick	222
2.	Willensvorbehalte	223
2.1	Geheimer Vorbehalt	223
2.2	Scherzerklärung	224

2.3	Scheingeschäft	224
3.	Irrtum	225
3.1	Erklärungs- und Inhaltsirrtum	225
3.2	Der Motivirrtum	227
3.2.1	Unbeachtlichkeit als Regel	227
3.2.2	Eigenschaftsirrtum als Ausnahme	227
3.3	Problematische Fälle	229
3.3.1	Rechtsfolgenirrtum	229
3.3.2	Kalkulationsirrtum	231
3.4	Der Sonderfall: Gemeinsamer Motivirrtum	231
3.5	Die Anfechtung	233
3.5.1	Die Anfechtungserklärung	233
3.5.2	Wirkung	234
3.5.3	Schadensersatz	235
4.	Arglistige Täuschung	236
4.1	Täuschung	236
4.2	Arglist	237
4.3	Kausalität	237
4.4	Anfechtung	238
4.5	Täuschung durch Dritte	238
5.	Widerrechtliche Drohung	239
5.1	Drohung	239
5.2	Widerrechtlichkeit	239
5.3	Weitere Fragen	241
6.	Fehlende Voraussetzungen einer Willenserklärung	241
7.	Sonderregeln für Organisationsverträge und Arbeitsverhältnisse	242
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	243

Kapitel 10. Fehlende Geschäftsfähigkeit

1.	Einleitung	244
2.	Die Geschäftsunfähigkeit	245
2.1	Wann besteht Geschäftsunfähigkeit?	245
2.2	Rechtsfolgen	247
2.3	Der gleichgestellte Fall: Die vorübergehende Störung der Geistestätigkeit	247
2.4	Vertrauenschutz des Geschäftspartners?	248
2.5	Wirksamkeit begünstigender Rechtsgeschäfte?	249
2.6	Wirksamkeit von Geschäften des täglichen Lebens	250

3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	252
3.1 Personenkreis und inhaltliche Bedeutung	252
3.2 Willenserklärungen, durch die der Minderjährige „lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt“	253
3.2.1 Die eindeutigen Fälle	253
3.2.2 Schenkungen mit wirtschaftlichen Nachteilen	253
3.2.3 Übereignung mit Erfüllungswirkung?	256
3.3 Handeln mit Einwilligung	257
3.3.1 Die Einwilligungserklärung	257
3.3.2 Inhaltliche Tragweite	257
3.4 Konkludente Einwilligung durch Überlassen von Mitteln	258
3.5 Handeln ohne Einwilligung	260
3.5.1 Einseitige Rechtsgeschäfte	260
3.5.2 Andere Rechtsgeschäfte, insbesondere Verträge	261
3.6 Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	262
3.7 Missbräuchliche Verweigerung der Zustimmung	262
4. Die partielle Geschäftsfähigkeit	263
4.1 Ehemündigkeit	263
4.2 Testierfähigkeit	263
4.3 Selbständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	264
4.4 Eingehung eines Arbeitsverhältnisses	264
5. Entsprechende Anwendung der §§ 104ff. auf nichtrechtsgeschäftliches Verhalten?	266
5.1 Prozesshandlungen	266
5.2 Geschäftsähnliche Handlungen	267
5.3 Verfügung über Persönlichkeitswerte	267
5.3.1 Religionsmündigkeit	267
5.3.2 Einwilligung in einen ärztlichen Eingriff	268
5.4 Realakte	268
5.4.1 Rechtmäßiges Verhalten	268
5.4.2 Unerlaubte Handlungen	268
5.4.3 Inanspruchnahme von Leistungen	269
6. Wiederholungsfragen und Fälle	269

Kapitel 11. Der Abschluss von Verträgen

1. Die Vertragsfreiheit als Ausgangspunkt	271
1.1 Das Grundprinzip	271
1.2 Erscheinungsformen	271
1.3 Überblick über den Gang der Darstellung	272

2.	Angebot und Annahme	273
2.1	Das Angebot	274
2.1.1	Voraussetzungen eines Angebots	274
2.1.2	Aufforderung, ein Angebot zu machen	274
2.1.3	Bindung an das Angebot	276
2.2	Die Annahme	280
2.2.1	Der Normalfall	280
2.2.2	Annahmeerklärung ohne Zugang	280
2.2.3	Der Sonderfall: Lieferung unbestellter Sachen	281
2.3	Formvorschriften	282
2.3.1	Die grundsätzliche Formfreiheit und ihre Ausnahmen	282
2.3.2	Zweck von Formvorschriften	283
2.3.3	Gesetzliche Schriftform	283
2.3.4	Die elektronische Form	285
2.3.5	Vereinbarte Schriftform	286
2.3.6	Textform	286
2.3.7	Öffentliche Beglaubigung	287
2.3.8	Notarielle Beurkundung	287
2.3.9	Rechtsfolgen von Formverstößen	288
2.4	Abschluss von Verträgen unter Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB)	290
2.4.1	Warum AGB?	290
2.4.2	Ansätze zur Korrektur	291
2.4.3	Was sind AGB im Rechtssinne?	292
2.4.4	Erweiterung für Verbraucherträge	294
2.4.5	Verbraucherbegriff	295
2.4.6	Die spezifischen Voraussetzungen für die Einbeziehung in den Vertrag	296
2.4.7	Die Ausklammerung überraschender Klauseln	297
2.4.8	Vorrang der Individualabrede	297
2.4.9	Ausnahmefälle	297
2.4.10	Rechtsfolgen einer missglückten Einbeziehung	298
2.5	Widerrufsrecht zugunsten des Verbrauchers	298
2.5.1	Ausgangssituation und gesetzliche Entwicklung	298
2.5.2	Voraussetzungen des Widerrufsrechts	299
2.5.3	Rechtsfolgen	301
2.6	Auslegung von Verträgen	302
2.6.1	Die Problematik	302
2.6.2	Wie werden Lücken gefüllt?	303

2.7	Dissens	305
2.7.1	Offener Dissens	305
2.7.2	Versteckter Dissens	306
2.7.3	Totaldissens	307
3.	Verträge kraft sozialtypischen Verhaltens?	307
3.1	Anwendungsfälle	307
3.2	Unterschiede zur traditionellen Vertragslehre	307
3.3	Kritik	308
3.4	Ein überholtes Konzept?	310
3.5	Fehlerhafte Gesellschaft und fehlerhaftes Arbeitsverhältnis	310
4.	Kontrahierungszwang	311
4.1	Begriff und historische Anfänge	311
4.2	Gesetzlich angeordneter Kontrahierungszwang	312
4.2.1	Überblick	312
4.2.2	Kfz-Haftpflicht als Beispiel	313
4.2.3	Pflichtmandate eines Anwalts als Beispiel	314
4.2.4	Beschränkte Reichweite	314
4.3	Pflicht zum Vertragsabschluss zwischen Unternehmen	314
4.3.1	Wer wird von § 20 Abs. 1 GWB erfasst?	314
4.3.2	Abwägung der beiderseitigen Interessen	315
4.3.3	Vertragsabschluss als Schadensersatz?	316
4.4	Pflicht zum Abschluss von Verträgen gegenüber Privaten?	317
4.4.1	Rechtsprechung	317
4.4.2	Literatur	317
4.4.3	Eigene Position	318
5.	Beachtung von Diskriminierungsverbeten	319
5.1	Die „verpönten“ Merkmale	319
5.2	Unmittelbare und mittelbare Benachteiligungen	321
5.3	Die erfassten Verträge	322
5.4	Rechtfertigung	323
5.5	Zwang zum Vertragsabschluss und andere Sanktionen	324
6.	Vorvertragliche Pflichten	326
6.1	Zur Intensität der Kontakte	327
6.2	Wie weit gehen die Pflichten?	329
6.3	Die Haftung auf Schadensersatz	332
7.	E-Commerce	334
7.1	Bestellungen im Internet	334
7.2	Internet-Auktionen	337

7.3.	Die sog. Mehrwertdienste	338
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	339

Kapitel 12. Handeln für andere, insbesondere Stellvertretung

1.	Die Zurechnung fremden Verhaltens	340
2.	Die Stellvertretung	342
2.1	Grundsätzliche Zulässigkeit	342
2.2	Voraussetzungen im Einzelnen	343
2.3	Formen der Stellvertretung	344
2.3.1	Vertretung durch eine Person oder durch mehrere Personen	344
2.3.2	Mittelbare Stellvertretung	344
2.4	Stellvertreter oder Bote?	345
2.4.1	Abgrenzung	345
2.4.2	Problemfälle	345
2.4.3	Rollenwechsel	346
2.4.4	Falschübermittlung	346
2.5	Sonderfälle	346
2.5.1	Geschäft für den, den es angeht	346
2.5.2	Vertretungsrecht von Ehegatten	348
3.	Die Vollmacht	348
3.1	Die Erteilung der Vollmacht	348
3.1.1	Die drei möglichen Wege	348
3.1.2	Die Formfreiheit und ihre Ausnahmen	349
3.1.3	Die Abstraktheit der Vollmacht	350
3.2	Umfang der Vertretungsmacht	350
3.2.1	Freie Bestimmung im Zivilrecht, Standardisierung im Handelsrecht	350
3.2.2	Die Beschränkung der Insichgeschäfte nach § 181	351
3.2.3	Missbrauch der Vertretungsmacht	353
3.3	Zurechnung von Willensmängeln und Wissen des Vertreters	354
3.3.1	Das Grundprinzip	355
3.3.2	Die Ausnahme des § 166 Abs. 2	355
3.3.3	Anwendung auf den sog. Wissensvertreter	356
3.4	Erlöschen der Vollmacht	356
3.4.1	Erlöschenstatbestände	356
3.4.2	Wirkung gegenüber Dritten	358
3.5	Duldungs- und Anscheinsvollmacht	360

3.5.1	Duldungsvollmacht	360
3.5.2	Anscheinsvollmacht	360
3.5.3	Rechtliche Behandlung	361
3.6	Vertretung ohne Vertretungsmacht	361
3.6.1	Der Schwebezustand	361
3.6.2	Ansprüche gegen den Vertreter bei verweigerter Genehmigung	362
3.6.3	Bote ohne Botenmacht?	363
3.7	Handeln unter fremdem Namen	363
3.8	Verdrängende Vollmacht?	364
4.	Vertretungsmacht kraft Gesetzes	365
4.1	Gesetzliche Vertreter	365
4.1.1	Eltern	365
4.1.2	Vormund	366
4.1.3	Pfleger	366
4.1.4	Betreuer	366
4.1.5	Anwendung der allgemeinen Regeln	366
4.2	Organschaftliche Vertreter	367
4.2.1	Das Grundprinzip	367
4.2.2	Persönliche Haftung des Handelnden?	367
4.2.3	Wissenszurechnung bei Wechsel von Personen	368
4.3	„Parteien kraft Amtes“	368
5.	Zurechnung des Verhaltens von Hilfspersonen	368
5.1	Leistungen im Rahmen vertraglicher Beziehungen	368
5.1.1	Der Grundsatz des § 278	369
5.1.2	Wer ist „gesetzlicher Vertreter“ und wer ist „Erfüllungsgehilfe“?	369
5.1.3	Handeln „zur Erfüllung“ einer Verbindlichkeit	370
5.1.4	Persönliche Haftung des Erfüllungsgehilfen	372
5.2	Einstehen für andere im Rahmen unerlaubter Handlungen	375
6.	Erwerbstatbestände	376
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	378

Kapitel 13. Der Inhalt von Verträgen und anderen Rechtsgeschäften

1.	Einleitung	380
2.	Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	381
2.1	Verpflichtungsgeschäfte	381
2.1.1	Die Erbringung einer Leistung	381

2.1.2	Mindestanforderungen an den Inhalt	382
2.1.3	Atypische und gemischte Verträge	384
2.1.4	Einmaliger Leistungsaustausch oder Dauerschuld-verhältnis	386
2.1.5	Vorvertrag und Option	387
2.2	Verfügungsgeschäfte	388
2.2.1	Was ist eine Verfügung?	389
2.2.2	Gegenstand einer Verfügung	390
2.2.3	Unübertragbare Rechte	391
2.2.4	Bestimmtheitsgrundsatz	392
2.2.5	Wo finden sich Regelungen über Verfügungsgeschäfte?	392
2.3	Das Trennungs- und das Abstraktionsprinzip	392
2.3.1	Die Trennung von Verpflichtung und Verfügung	392
2.3.2	Das Abstraktionsprinzip	393
3.	Allgemeine Probleme von Verpflichtungsgeschäften	397
3.1	Stückschuld und Gattungsschuld	397
3.1.1	Die grundsätzliche Unterscheidung	397
3.1.2	Die Konkretisierung der Gattungsschuld	398
3.1.3	Bindende Konkretisierung?	399
3.1.4	Gattungsschuld als Beschaffungsschuld	399
3.1.5	Sachen mittlerer Art und Güte	400
3.2	Die Geldschuld	401
3.2.1	Bedeutung	401
3.2.2	Anwendbare Rechtsgrundsätze	402
3.2.3	Mark gleich Mark, Euro gleich Euro?	403
3.2.4	Valutaschulden	406
3.2.5	Zinsen	406
3.3	Wahlgeschuld und Ersetzungsbefugnis	408
4.	Allgemeine Probleme von Verfügungsgeschäften	409
4.1	Wer ist verfügbungsbefugt?	409
4.2	Die Verfügung über das Eigentum an beweglichen Sachen	410
4.2.1	Der Besitz in seinen verschiedenen Erscheinungsformen	410
4.2.2	Übereignung durch Einigung und Übergabe	413
4.2.3	Übereignung kurzer Hand	417
4.2.4	Übereignung durch Begründung eines Besitzkonstituts	417
4.2.5	Übereignung durch Abtretung des Herausgabebeanspruchs	418
4.2.6	Rechtfertigung durch das Publizitätsprinzip?	419
4.2.7	Übertragung auf andere Verfügungen	420
4.3	Die Übereignung von Grundstücken	420

4.3.1	Einrichtung und Funktion des Grundbuchs	420
4.3.2	Regelmäßige Voraussetzung für eine Verfügung: Einigung und Eintragung ins Grundbuch	423
4.3.3	Sonderregelung für die Übertragung des Eigentums	425
4.3.4	Sicherung durch Vormerkung	425
4.4	Die Verfügung über eine Forderung	427
4.4.1	Der Grundsatz	427
4.4.2	Anwendungsfälle	427
4.4.3	Schutz des Schuldners	428
4.4.4	Ausschluss der Abtretbarkeit	430
4.5	Verfügung über andere Rechte	430
4.6	Schutz des guten Glaubens an die Rechtsinhaberschaft des Veräußernden	430
4.6.1	Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen	431
4.6.2	Gutgläubiger Erwerb von Rechten an Grundstücken	440
4.6.3	Gutgläubiger Erwerb von Forderungen und anderen Rechten?	444
5.	Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte	445
5.1	Bedingung	445
5.2	Befristung	448
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	448

Kapitel 14. Rechtswidrige Verträge und Vertragsklauseln

1.	Der rechtliche Rahmen von Verträgen – ein Überblick	450
1.1	Beschränkung des rechtlichen Könnens	450
1.2	Erbringung bestimmter Dienstleistungen nur durch staatlich autorisierte Personen	450
1.3	Kontrahierungzwang	451
1.4	Staatliche Genehmigung bestimmter Verträge	451
1.5	Verträge mit beschränkter Wirksamkeit	452
1.6	Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot	453
1.7	Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen die guten Sitten	454
1.8	Verstoß gegen zwingende Schutzbüroschriften	454
1.9	Verstoß gegen § 242 BGB?	454
1.10	Rechtsdurchsetzung	455
2.	Nichtigkeit von Verträgen wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot	455
2.1	Der normative Gehalt des § 134	455

2.2	Die Verbotsge setze und ihre Auslegung	456
2.3	Einzelfälle	458
2.4	Gesetzesum gehung	460
2.5	Teilnichtigkeit?	460
2.6	Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	461
3.	Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen die guten Sitten	461
3.1	Was bedeutet „gute Sitten“?	461
3.1.1	Das „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“	462
3.1.2	Ermächtigung zu richter rechtlicher Intervention	462
3.1.3	Überblick über die Fallgruppen	463
3.2	Fallgruppen im Einzelnen	464
3.2.1	Die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des Vertragspartners	464
3.2.2	Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	469
3.2.3	Gefährdung und Schädigung Dritter	476
3.2.4	„Gemeinwohlwidrige Verträge“	478
3.2.5	Einzelfälle	479
3.3	Rechtsfolgen	480
4.	Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	481
4.1	Anwendungsbereich	482
4.2	Die strikten Klauselverbote des § 309 (bisher: § 11 AGBG)	484
4.3	Die Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit nach § 308 (bisher: § 10 AGBG)	485
4.4	Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 (bisher: § 9 AGBG)	486
4.5	Umgehungsschutz	488
4.6	Rechtsfolgen	489
4.7	Mehrdeutige Klauseln	490
5.	Inhaltskontrolle außerhalb des AGB-Rechts?	491
6.	Rechtsdurchsetzung	492
6.1	Die Verbandsklage nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 UKlaG (bisher: § 13 Abs. 2 AGBG)	493
6.2	Weitere Möglichkeiten?	493
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	493

Kapitel 15. Die planmäßige Erbringung der Leistung	
1. Einleitung	495
2. Die Leistungsmodalitäten	496
2.1 Der Leistungsort	496
2.1.1 Die Regel des § 269 und vertragliche Abweichungen	496
2.1.2 Probleme beim gegenseitigen Vertrag	497
2.1.3 Platzgeschäfte	498
2.1.4 Leistungsort = Erfüllungsort?	498
2.1.5 Sonderregeln für die Geldschuld	498
2.2 Der Zeitpunkt der Leistung	499
2.3 Zulässigkeit von Teilleistungen?	500
3. Die Erfüllung	500
3.1 Bewirkung der Leistung	500
3.2 Insbesondere: Erfüllung einer Geldschuld	501
3.3 Erteilung einer Quittung und Rückgabe des Schulscheins	502
3.4 Leistung unter Vorbehalt	503
3.5 Wahlrecht des Schuldners bei Existenz mehrerer Verpflichtungen	503
4. Erfüllungssurrogate	503
4.1 Leistung an Erfüllungs Statt und Leistung Erfüllungs halber	504
4.2 Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	504
4.3 Die Aufrechnung	506
4.3.1 Begriffliche Vorklärung oder: Probleme der Gesetzeslektüre	506
4.3.2 Einzelfragen der Zulässigkeit	507
4.3.3 Wirkung der Aufrechnung	509
4.3.4 Vertragliche Abweichungen	510
5. Sicherung des Leistungsvollzugs	510
5.1 Einrede des nichterfüllten Vertrages	511
5.2 Zurückbehaltungsrecht	512
5.2.1 Voraussetzungen	513
5.2.2 Rechtsfolgen	513
5.2.3 Ausnahmen	514
5.3 Vereinbarte Sanktionen	514
5.3.1 Die Vertragsstrafe	514
5.3.2 Die Verfallklausel	516
5.3.3 Rücktrittsrecht und Kündigung	516
6. Wiederholungsfragen und Fälle	517

Kapitel 16. Leistungsstörungen

1.	Überblick	518
1.1	Der bisherige Rechtszustand	518
1.2	Die Schuldrechtsmodernisierung	520
2.	Die Generalklausel: Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	523
2.1	Voraussetzungen der Haftung	523
2.2	Schadensersatz statt der Leistung	524
2.3	Ergänzung bei gegenseitigen Verträgen	527
3.	Der Sonderfall des Verzugs	529
3.1	Voraussetzungen des Verzugs	529
3.2	Rechtsfolgen	531
4.	Der Sonderfall: Ausschluss der Leistungspflicht	532
4.1	Die in §275 Abs. 1 und 2 genannten Voraussetzungen	533
4.2	Grundsätzliche rechtliche Konsequenzen	535
4.3	Schadensersatz statt der Leistung und Herausgabe des sog. stellvertretenden Commodums	535
4.4	Ergänzung für gegenseitige Verträge	537
5.	Ersatz vergeblich gemachter Aufwendungen	538
6.	Der Gläubigerverzug	540
6.1	Die Voraussetzungen im Einzelnen	540
6.2	Rechtsfolgen	541
7.	Der sog. Wegfall der Geschäftsgrundlage	542
7.1	Die Voraussetzungen im Einzelnen	543
7.1.1	Was bedeutet „Geschäftsgrundlage“?	543
7.1.2	Der „Wegfall“ der Geschäftsgrundlage	545
7.1.3	Unzumutbarkeit	545
7.1.4	Einseitige Rechtsgeschäfte	546
7.2	Rechtsfolgen	546
7.2.1	Anpassung des Vertragsinhalts	546
7.2.2	Rücktritt vom Vertrag	547
7.3	Fallgruppen	547
7.4	Konkurrenzfragen	548
8.	Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund	548
9.	Wiederholungsfragen und Fälle	549

Kapitel 17. Rückabwicklung von Schuldverhältnissen

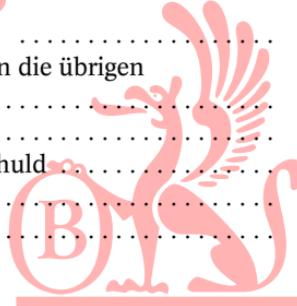
1.	Die unterschiedlichen Sachverhalte	551
1.1	Unwirksame Rechtsgeschäfte	551
1.1.1	Sachprobleme	551
1.1.2	Ungerechtfertigte Bereicherung	552
1.1.3	Andere Fälle fehlgegangener Leistungen (ein Exkurs)	553
1.2	Rücktritt	554
1.3	Sonstige Formen der Rückabwicklung	554
2.	Die Rückgewähr nach § 812 Abs. 1	555
2.1	Vorbemerkung: Leistungskondiktion und Bereicherung in sonstiger Weise	555
2.2	Voraussetzungen der Leistungskondiktion im Einzelnen	556
2.3	Ausschlussstatbestände	557
2.3.1	Leistung in Kenntnis der fehlenden Verpflichtung	558
2.3.2	Erfüllung einer Anstandspflicht	558
2.3.3	Gesetz- und sittenwidrige Leistungen	558
2.4	Was muss herausgegeben werden?	560
2.4.1	Die Leistung und ihr Surrogat	560
2.4.2	Herausgabe der Nutzungen	561
2.4.3	Wertersatz	562
2.4.4	Verwendungen	563
2.5	Wegfall der Bereicherung	563
2.6	Das Problem der Gegenleistung: Zweikondiktionen oder Saldotheorie?	564
2.6.1	Die grundsätzliche Problematik	564
2.6.2	Der Inhalt der Saldotheorie im Einzelnen	564
2.6.3	Ausnahmen von der Saldotheorie	565
2.6.4	Das Problem der Vorleistung	566
2.7	Der „bösgläubige“ Bereicherungsschuldner	567
2.7.1	Die einzelnen Fälle	567
2.7.2	Die „allgemeinen Vorschriften“	567
2.8	Schenkung	570
3.	Die Abwicklung nach Ausübung eines Rücktrittsrechts	570
3.1	Rückgewähr der Leistung	571
3.2	Nutzungen	575
3.3	Verwendungen	575
4.	Sonderregeln beim Widerrufs- und Rückgaberecht des Verbrauchers	576

5.	Abwicklung unmittelbar nach den Regeln des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	578
6.	Rückabwicklung als Schadensersatz	580
7.	Anspruchsausschluss statt Rückabwicklung im Falle des § 241 a	580
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	582

Kapitel 18. Die Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis

1.	Überblick über die Fallgruppen	583
2.	Die Begünstigung Dritter	584
2.1	Der sog. echte Vertrag zugunsten Dritter	584
2.1.1	Vorkommen	584
2.1.2	Die Leistungsbeziehungen	585
2.1.3	Die Rechtsstellung des Dritten	586
2.1.4	Die Rechtsstellung des Versprechenden	587
2.1.5	Die Rechtsstellung des Versprechensempfängers	587
2.1.6	Mängel im Deckungs- oder im Valutaverhältnis	588
2.2	Der sog. unechte Vertrag zugunsten Dritter	588
2.3	Der Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	589
2.3.1	Rechtsgrundlage und Voraussetzungen	589
2.3.2	Der Kreis der Geschützten	590
2.3.3	Vorzüge vertragsrechtlicher Ansprüche	592
3.	Einschaltung eines Dritten in die Erfüllung	593
3.1	Die Leistung durch den Dritten nach § 267	593
3.2	Das Ablösungsrecht nach § 268	595
3.3	Der Dritte als Zahlstelle	596
4.	Eintritt eines Dritten in das Schuldverhältnis	597
4.1	Die Forderungsabtretung	597
4.2	Die Schuldübernahme	597
4.3	Der Schuldbeitritt	598
4.4	Vertragsübernahme und Vertragsbeitritt	598
5.	Gläubigermehrheit	599
5.1	Teilgläubigerschaft	599
5.2	Gesamtgläubigerschaft	600
5.3	Mitgläubigerschaft	600
6.	Schuldnermehrheit, insbes. Gesamtschuld	601
6.1	Teilschuldnerschaft	601
6.2	Die Gesamtschuld	602
6.2.1	Wann liegt eine „Gesamtschuld“ vor?	602

6.2.2	Rechtsfolgen einer Gesamtschuld	603
6.2.3	Insbesondere: Der Rückgriff gegen die übrigen Gesamtschuldner	604
6.2.4	Die sog. unechte Gesamtschuld	607
6.2.5	Die sog. hypothetische Gesamtschuld	608
6.3	Die Mitschuldnerschaft	610
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	611



Teil IV. Einzelne Vertragstypen

Kapitel 19. Kaufvertrag

1.	Überblick	613
1.1	Rechte und Pflichten aus dem Kaufvertrag	613
1.1.1	Hauptleistungspflichten	613
1.1.2	Nebenpflichten	614
1.2	Problembereiche	615
1.3	Die bisherige Regelung	616
1.4	Grundsätzliche Umgestaltung durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	618
2.	Leistungsstörungen	619
2.1	Der Grundtatbestand der Pflichtverletzung	619
2.2	Verzug	621
2.3	Unmöglichkeit der Leistung und Gefahrtragung	622
2.3.1	Entfallen der Leistungspflicht	622
2.3.2	Die Ersatzpflicht des Verkäufers	623
2.3.3	Der Anspruch auf den Kaufpreis	623
2.4	Schlechteistung	626
3.	Sach- und Rechtsmängel als Erscheinungsform der Schlechteistung	627
3.1	Der Sachmangel	627
3.1.1	Die vereinbarte Beschaffenheit	627
3.1.2	Die subsidiären Anknüpfungen	628
3.1.3	Lieferung eines Aliud oder eines Minus	630
3.2	Rechtsmangel	630
4.	Mängelhaftung vor Gefahrübergang	631
4.1	Anwendbarkeit der §§ 437ff.?	631
4.2	Rechte des Käufers	632
4.2.1	Erfüllungsanspruch	633

4.2.2	Schadensersatz	633
4.2.3	Rücktritt	634
4.2.4	Verjährung	634
5.	Mangelhaftung nach Gefahrübergang	634
5.1	Nacherfüllung	634
5.1.1	Wahl des Käufers	635
5.1.2	Praktische Hindernisse bei der Realisierung einer Alternative	635
5.1.3	Unverhältnismäßige Kosten für den Verkäufer	635
5.1.4	Der Verkäufer leistet – Rückgewähr des mangelhaften Stücks	636
5.2	Rücktritt	637
5.2.1	Grundsatz	637
5.2.2	Fristsetzung entbehrlich	637
5.2.3	Insbesondere: Nacherfüllung fehlgeschlagen oder unzumutbar	638
5.2.4	Ausschluss des Erfüllungsanspruchs	639
5.2.5	Unerheblicher Mangel	639
5.3	Minderung	639
5.3.1	Voraussetzungen wie für den Rücktritt	639
5.3.2	Durchführung der Minderung	640
5.3.3	Rückgewähr des überzahlten Kaufpreises	640
5.3.4	Geringfügige Mängel und Aliud	640
5.3.5	Beteiligung mehrerer Personen	640
5.4	Schadensersatz	641
5.4.1	Der Grundsatz	641
5.4.2	Mögliche Schäden des Käufers	641
5.4.3	Schadensersatz „statt der Leistung“ und sonstiger Schadensersatz	641
5.4.4	Wahlmöglichkeiten des Käufers	642
5.4.5	Das Problem des Verschuldens	643
5.5	Verjährung	644
5.5.1	Regelfrist für Ansprüche und Gestaltungsrechte	644
5.5.2	Fristen länger als zwei Jahre	644
5.5.3	Beginn und Lauf der Verjährung	645
5.5.4	Situation nach Eintritt der Verjährung	646
5.6	Sonderprobleme bei aliud und Minderleistung	647
5.6.1	Lieferung eines aliud	647
5.6.2	Mankolieferung	648

5.7	Verschärfung und Ausschluss der Haftung	649
5.7.1	Garantie	649
5.7.2	Ausschluss der Haftung aufgrund von Kenntnis des Käufers	651
5.7.3	Vertraglicher Haftungsausschluss	652
5.8	Konkurrenzprobleme	653
5.8.1	Allgemeines Leistungsstörungsrecht	653
5.8.2	Anfechtung wegen Irrtums oder Täuschung	653
5.8.3	Ansprüche aus unerlaubter Handlung	654
6.	Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	655
6.1	Bedeutung	655
6.2	Der sog. einfache Eigentumsvorbehalt	656
6.2.1	Die Rechtsstellung des Vorbehaltswerkäufers	656
6.2.2	Die Rechtsstellung des Vorbehaltskäufers – das Anwartschaftsrecht	657
6.3	Sonderformen des Eigentumsvorbehalts	659
6.3.1	Kontokorrent- und Konzernvorbehalt	659
6.3.2	Verlängerter Eigentumsvorbehalt	660
6.3.3	Weitere Formen des Eigentumsvorbehalts	661
7.	Kaufverträge über andere Gegenstände als Sachen	661
7.1	Rechtskauf	661
7.2	Unternehmenskauf	662
7.3	Standardsoftware	664
7.4	Informationen	664
8.	Verbrauchsgüterkauf	664
8.1	Begriff	665
8.2	Kein Gefahrübergang bei Versendungskauf	665
8.3	Zwingender Charakter der Käuferrechte	666
8.4	Beweiserleichterungen für den Verbraucher	667
8.5	Garantien	668
8.6	Rückgriffsrechte des Händlers	669
8.6.1	Anlass	669
8.6.2	Erleichterungen: Keine Fristsetzung, Beweislast	669
8.6.3	Ausnahmen	670
8.6.4	Aufwendungen durch Nacherfüllung	670
8.6.5	Vertriebskette	670
8.6.6	Verjährung	671
8.6.7	Zwingender Charakter	671
9.	Sonderformen des Kaufs	672

10.	Der grenzüberschreitende Kaufvertrag	673
11.	Wiederholungsfragen und Fälle	674

Kapitel 20. Gebrauchsüberlassung

1.	Einleitung	676
2.	Wohnraummiete	677
2.1	Der Abschluss des Mietvertrags	678
2.1.1	Wonach darf der Vermieter fragen?	679
2.1.2	Form	680
2.1.3	Mehrere Mieter und Wohngemeinschaften	680
2.2	Erlaubter und nicht erlaubter Gebrauch	681
2.2.1	Fernsehempfang und politische Werbung	681
2.2.2	Lärm und Musik	682
2.2.3	Tiere in der Wohnung	682
2.2.4	Besucher	683
2.2.5	Aufnahme weiterer Personen, insbes. des nichtehelichen Lebenspartners	683
2.3	Die Miethöhe	684
2.3.1	Im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses	684
2.3.2	Mieterhöhung während der Laufzeit des Vertrags	687
2.3.3	Nebenkosten	689
2.3.4	Sicherungsrechte des Vermieters	689
2.4	Mängel der Mietsache und andere Leistungsstörungen	690
2.4.1	Die vier Rechte des Mieters bei mangelhafter Mietsache	690
2.4.2	Verjährung und Anspruchskonkurrenz	691
2.4.3	Gesetzlicher und vertraglicher Haftungsausschluss	692
2.4.4	Andere Leistungsstörungen	693
2.5	Aufwendungen des Vermieters und des Mieters	693
2.5.1	Die grundsätzliche Leistungspflicht des Vermieters	693
2.5.2	Vertragliche Abweichungen, insbes. bei Klein- und Schönheitsreparaturen	694
2.5.3	Modernisierung durch den Vermieter	695
2.5.4	Verwendungen des Mieters	696
2.6	Kündigung des Mietverhältnisses	696
2.6.1	Kündigung durch den Mieter	696
2.6.2	Kündigung durch den Vermieter	698
2.6.3	Befristete und bedingte Mietverträge	707
2.6.4	Vom Kündigungsschutz ausgenommene Mietverhältnisse	708
2.6.5	Wohnung im Zweifamilienhaus	710

2.6.6	Kündigungsfristen	711
2.6.7	Verbleiben in der Wohnung trotz beendeten Mietvertrags	711
2.7	Untermietverhältnis	712
2.8	Veräußerung der Mietsache	713
3.	Geschäftsraummiete, Miete beweglicher Sachen, Pacht, Leihe	713
4.	Leasing	715
4.1	Wichtigste Erscheinungsformen und praktische Bedeutung	715
4.2	Anwendung der Regeln über den Mietvertrag?	718
4.3	Behandlung von Leistungsstörungen	718
4.3.1	Insbesondere: Haftung bei Sachmängeln	719
4.3.2	Beschädigung des Leasinggegenstandes	720
4.3.3	Verzug des Leasingnehmers	722
4.3.4	Nichtrückgabe	722
4.4	Der Verbraucher als Leasingnehmer	723
5.	Der Kredit	724
5.1	Der Darlehensvertrag	725
5.1.1	Die rechtliche Konstruktion	725
5.1.2	Abschluss des Darlehensvertrags	725
5.1.3	Zinsen als Gegenleistung	726
5.1.4	Rückzahlung des Darlehens	727
5.1.5	Disagio	729
5.1.6	Sicherheiten	729
5.1.7	Sachdarlehen	729
5.1.8	Verbraucherdarlehen	729
5.2	Finanzierungshilfen	732
5.2.1	Anwendungsbereich	733
5.2.2	Form und Mindestinhalt des Vertrages	733
5.2.3	Widerrufs- und Rückgaberecht	733
5.2.4	Rücktritt bei Zahlungsverzug des Verbrauchers	733
5.3	Ratenlieferungsverträge	735
5.4	Verbundene Geschäfte	735
5.4.1	Voraussetzungen	735
5.4.2	Widerrufsdurchgriff	736
5.4.3	Einwendungs durchgriff	737
6.	Dingliche Gebrauchsrechte	737
6.1	Nießbrauch	738
6.2	Grunddienstbarkeit	738

6.3	Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	740
6.4	Dauerwohnrecht	740
6.5	Erbbaurecht	741
6.6	Teilzeit-Wohnrechte	741
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	741

Kapitel 21. Sicherungsrechte

1.	Überblick	743
1.1	Die drei Gruppen von Sicherungsrechten	743
1.2	„Verstärkung“ einer Forderung durch abstraktes Schuldversprechen	744
2.	Personalsicherheiten	745
2.1	Die Bürgschaft	745
2.1.1	Rechtsnatur	745
2.1.2	Wirksamkeitsvoraussetzungen	746
2.1.3	Insbesondere: Akzessorietät der Bürgschaft	747
2.1.4	Einreden und Einwendungen des Bürgen aus eigenem Recht	749
2.1.5	Der Bürge zahlt: Rückgriffsansprüche	749
2.1.6	Sonderformen der Bürgschaft	750
2.2	Schuldbeitritt und Garantievertrag	751
2.2.1	Inhaltliche Abgrenzung	751
2.2.2	Was ist im Einzelfall gewollt?	752
2.2.3	Sonderfall des Garantievertrags: Euroscheck	753
2.3	Patronatserklärung	754
3.	Realsicherheiten I: Pfandrechte	755
3.1	Die Unterscheidung von Hypothek und Grundschuld	755
3.2	Die Hypothek	757
3.2.1	Wie wird eine Hypothek bestellt?	757
3.2.2	Worauf erstreckt sich das Recht des Hypotheken-gläubigers?	759
3.2.3	Die Geltendmachung der Hypothek	762
3.2.4	Abtretung der hypothekarisch gesicherten Forderung	765
3.2.5	Die Rangproblematik	769
3.2.6	Verschiedene Arten von Hypotheken	772
3.3	Die Grundschuld	773
3.3.1	Anwendung der Vorschriften über die Hypothek	773
3.3.2	Die Erbringung der Leistung	774
3.3.3	Einwendungen und Einreden	775

3.3.4	Abtretung von Forderung und Grundschuld	775
3.3.5	Bestellung einer Eigentümergrundschuld	776
3.4	Pfandrecht an beweglichen Sachen	776
3.4.1	Anwendungsbereich	776
3.4.2	Die Bestellung des Pfandrechts	777
3.4.3	Enge Verknüpfung mit der gesicherten Forderung	779
3.4.4	Die Rechte des Pfandgläubigers	780
3.5	Pfandrecht an Rechten	782
4.	Realsicherheiten II: Vollrechtsübertragungen	783
4.1	Die Sicherungsübereignung	786
4.1.1	Das abstrakte Geschäft der Übereignung	786
4.1.2	Das kausale Geschäft: Sicherungsvertrag	788
4.1.3	Schutz vor dem Zugriff von Gläubigern	789
4.1.4	Bezahlung oder Verwertung durch Sicherungsnehmer	790
4.1.5	Weiterübereignung des Sicherungsguts	791
4.1.6	Sonderfall: Schuldner und Sicherungsgeber sind verschiedene Personen	791
4.2	Sicherungsabtretung	792
4.2.1	Die grundsätzliche Parallel zur Sicherungsübereignung	792
4.2.2	Der Abtätigungsvertrag	793
4.2.3	Globalzession	793
5.	Ausgleich zwischen verschiedenen Sicherungsgebern	795
5.1	Die lückenhafte gesetzliche Regelung	796
5.2	Zufallsergebnisse?	796
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	797

Kapitel 22. Dienstleistungen

1.	Bedeutung und Einteilung in Vertragstypen	799
1.1	Die Zweiteilung in Dienst- und Werkvertrag	799
1.2	Geschäftsbesorgung	801
1.3	Reisevertrag und Verwahrungsvertrag	801
1.4	Komplexe Langzeitverträge	802
1.5	Schwer kontrollierbare Dienstleistungen	802
2.	Der Dienstvertrag	803
2.1	Die Leistungspflichten beider Seiten	803
2.1.1	Abhängige Arbeit	803
2.1.2	Selbständige Tätigkeit	804
2.2	Leistungshindernisse	805
2.3	Schlechteistung	806

2.4	Beendigung des Dienstverhältnisses	807
3.	Der Werkvertrag	808
3.1	Die Pflichten beider Seiten	808
3.1.1	Die Erstellung des „Werks“	808
3.1.2	Die Bezahlung der Vergütung	810
3.1.3	Abgrenzung vom Kaufvertrag	811
3.2	Leistungsstörungen, insbesondere Mängelhaftung	812
3.2.1	Die Anwendung allgemeiner Grundsätze	812
3.2.2	Sonderregeln für Mängelhaftung	813
3.2.3	Die Situation bis zur Abnahme	814
3.2.4	Die Situation nach der Abnahme	816
3.2.5	Verjährung	819
3.2.6	Garantie	820
3.2.7	Sonderregeln für die Vergütungsgefahr nach §§ 644, 645	820
3.2.8	Unterbliebene Mitwirkung des Bestellers	822
3.2.9	Kündigung durch den Besteller	822
4.	Geschäftsbesorgungsvertrag	823
4.1	Lebenssachverhalte	823
4.2	Die entsprechende Anwendung der Vorschriften über den Auftrag	823
4.3	Die Durchführung der Geschäftsbesorgung, insbesondere Herausgabe des Erlangen	824
4.4	Aufwendungsersatz	825
4.5	Das Beispiel Bankvertrag und Überweisung	827
4.6	Das Beispiel Kreditkartenvertrag	828
4.7.	Das Beispiel ec-Karte	832
5.	Maklervertrag	833
5.1	Die Interessenlage der Beteiligten	833
5.2	Gesetzliche Voraussetzungen für ein Entgelt des Maklers	834
5.2.1	Provisionsanspruch	834
5.2.2	Aufwendungsersatz	837
5.3	Verbesserung der Stellung des Maklers durch AGB und Einzelabrede	837
5.4	Darlehensvermittlungsvertrag	838
5.4.1	Form und Mindestinhalt	838
5.4.2	Vergütung des Vermittlers	838
5.4.3	Zwingender Charakter	839
5.5	Der Sonderfall: Heirats- und Partnerschaftsvermittlung	839
5.5.1	Die fehlende Klagbarkeit des Provisionsanspruches	839

5.5.2	Ausweichen auf Dienstverträge	840
5.5.3	Abgrenzungsprobleme	841
5.5.4	Probleme der Vergütung	841
5.5.5	Freizeitgestaltung	841
6.	Reisevertrag	842
6.1	Der Vertragsabschluss	843
6.2	Die Situation bis zum Antritt der Reise	845
6.2.1	Ansprüche gegen Leistungsträger	845
6.2.2	Informationspflichten	845
6.2.3	Bezahlung des Reisepreises	846
6.2.4	Stellung einer Ersatzperson	846
6.2.5	Vorbehaltene Änderungen der Vertragsbedingungen	847
6.2.6	Rücktritt	848
6.3	Haftung für Mängel der Reise	848
6.3.1	Wann liegt ein Mangel vor?	848
6.3.2	Ansprüche des Reisenden	850
6.4	Insolvenzsicherung	858
6.5	Zwingende Mindestnormen	858
7.	Obhut über Sachen	859
7.1	Obhut als Nebenpflicht	859
7.2	Abschluss eines Verwahrungsvertrags	859
7.3	Die uneigentliche Verwahrung	860
7.4	Obhut aufgrund sozialen Kontaktes durch Beherbergungsbetriebe	860
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	861

Kapitel 23. Risiko als Vertragsgegenstand

1.	Eine besondere Kategorie von Verträgen?	863
2.	Der Versicherungsvertrag	865
2.1	Bedeutung und Rechtsnatur	865
2.2	Einzelfragen	867
2.2.1	Zustandekommen des Vertrags	867
2.2.2	Inhalt des Vertrages	868
2.2.3	Leistungsstörungen und Obliegenheits- verletzungen	868
2.2.4	Vertragsübergang	869
2.2.5	Rückgriffsansprüche	870
3.	Der Vergleich	870
3.1	Voraussetzungen	870

3.2	Rechtsfolgen	871
3.3	Prozessvergleich	872
4.	Leibrentenversprechen	873
5.	Spiel und Wette	874
5.1	Voraussetzungen	874
5.2	Rechtsfolgen	875
5.3	Sonderfälle	875
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	876

Kapitel 24. Unentgeltliche Zuwendung von Vorteilen, insbesondere Schenkung und Geschäftsführung ohne Auftrag

1.	Überblick	877
2.	Schenkung	879
2.1	Anlässe für unentgeltliche Zuwendungen	879
2.2	Begriffliche Abgrenzung	880
2.3	Formvorschriften	881
2.4	Leistungsstörungen	882
2.5	Schenkung als prekärer Erwerbsgrund	883
2.6	Besondere Arten von Schenkungen	885
2.7	Die „gemischte Schenkung“	886
3.	Geschäftsführung ohne Auftrag	888
3.1	Das gesetzliche Grundmodell: Die „berechtigte“ Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	888
3.1.1	Voraussetzungen	888
3.1.2	Rechtsfolgen	891
3.2	Probleme des Anwendungsbereichs	892
3.2.1	„Fremdes“ Geschäft trotz eigener Pflicht des Geschäftsführers?	892
3.2.2	Das so genannte neutrale Geschäft	893
3.3	Unberechtigte GoA	894
3.4	Unechte GoA	895
3.5	Irrtümliche Eigengeschäftsführung	896
4.	Auslobung und Preisausschreiben	896
5.	Gewinnzusage	897
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	897

Teil V. Recht der unerlaubten Handlung**Kapitel 25: Grundprobleme des Rechtsgüterschutzes**

1.	Vertragsrecht – Strafrecht – Deliktsrecht	899
2.	Rechtsgüterverletzung als (unvermeidbarer) Tatbestand	900
3.	Der sparsame Umgang mit der Haftung im BGB 1896	902
3.1	Verschuldensprinzip	903
3.2	Beschränkung des Schutzes auf bestimmte Rechtsgüter	903
3.3	Beschränkung auf den materiellen Schaden und den unmittelbar Betroffenen	904
3.4	Beschränkung des Ersatzes durch den Ausgleichsgedanken	905
3.5	Die Beweislast des Geschädigten	906
3.6	Die beschränkte Haftung für Hilfspersonen	906
3.7	Einschätzung	907
4.	Weiterentwicklung	907
4.1	Internalisierung von Schäden durch Gefährdungshaftung	908
4.2	Schaffung „verkappter“ Gefährdungshaftung	909
4.3	Überforderung des Schädigers	909
4.4	Schadenvorsorge	910
4.5	Der ersatzfähige Schaden	911
4.6	Großschäden	911
5.	Partieller Funktionsverlust des Deliktsrechts: Rechtsgüterschutz durch Versicherung	911
6.	Überblick über die weitere Darstellung	914
7.	Literatur zum Deliktsrecht	915

Kapitel 26. Die Haftung aus verschuldetem Unrecht

1.	Überblick	916
2.	Die Haftung nach § 823 Abs. 1	916
2.1	Rechtsgüter und Rechte nach § 823 Abs. 1	917
2.1.1	Leben	917
2.1.2	Körper und Gesundheit	917
2.1.3	Freiheit	919
2.1.4	Eigentum	920
2.1.5	Sonstige Rechte	924
2.1.6	Vermögen und Forderungsrechte	926
2.1.7	Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	927

2.1.8	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	930
2.2	Die Zurechenbarkeit des Eingriffs	937
2.2.1	Verhalten	937
2.2.2	Kausalität	938
2.2.3	Beschränkung durch den Zweck der verletzten Norm	942
2.3	Rechtswidrigkeit und Verschulden	943
2.3.1	Erfolgsunrecht oder Handlungsunrecht?	943
2.3.2	Rechtfertigungsgründe	946
2.3.3	Verschulden	949
3.	Die Haftung nach § 823 Abs. 2	959
3.1	Wann liegt ein Schutzgesetz vor?	960
3.2	Rechtswidrigkeit und Verschulden	961
3.3	Umfang des Schadensersatzes	962
4.	Die Haftung nach § 826	962
4.1	Die Voraussetzungen im Einzelnen	962
4.2	Fallgruppen	963
4.2.1	Verleitung zum Vertragsbruch	963
4.2.2	Fehlinformationen	964
4.2.3	Ausnutzung einer formalen Rechtsposition	965
4.2.4	Benachteiligung anderer Gläubiger	966
5.	Beamtenhaftung nach § 839	966
5.1	Beschränkung auf nichthoheitliches Handeln	967
5.2	Voraussetzungen im Einzelnen	968
5.3	Schranken	968
6.	Beweisfragen	969
6.1	Der Ausgangspunkt: Die Beweislast des Geschädigten	969
6.2	Gesetzliche Korrekturen	970
6.3	Richterrechtliche Korrekturen	971
6.3.1	Produkthaftung	971
6.3.2	Arzthaftung	971
6.3.3	Haftung nach § 823 Abs. 2	972
6.3.4	Beweis des ersten Anscheins	972
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	973

Kapitel 27. Haftung bei vermutetem Verschulden

1.	Übersicht	974
2.	Die Haftung für Verrichtungsgehilfen nach § 831	975
2.1	Die grundsätzliche rechtpolitische Entscheidung des Gesetzgebers	975

2.2	Voraussetzungen im Einzelnen	977
2.2.1	Wer ist „Verrichtungsgehilfe“?	977
2.2.2	Handeln „in Ausführung der Verrichtung“	978
2.2.3	Widerrechtliche Zufügung eines Schadens	978
2.2.4	Wer ist „Geschäftsherr“?	978
2.2.5	Der Entlastungsbeweis	979
2.3	Auffanglösungen	980
2.3.1	Großzügige Handhabung der Organhaftung	980
2.3.2	Organisationsverschulden	980
2.3.3	Persönliche Haftung des Organmitglieds	981
2.3.4	Rückgriff auf vertragliche Ansprüche	981
2.3.5	Freistellungsanspruch des Verrichtungsgehilfen	982
3.	Haftung wegen Verletzung der Aufsichtspflicht gegenüber Kindern	982
3.1	Wer unterliegt einer Aufsicht?	982
3.2	Rechtswidrige Zufügung eines Schadens	983
3.3	Verschuldensmaßstab	983
4.	Haftung für Schäden durch Nutztiere	984
4.1	Der Kreis der erfassten Tiere	984
4.2	Tierhalter und Tierhüter	985
4.3	Probleme der Entlastung und des Schadens	985
5.	Haftung für mangelhafte Gebäude und vergleichbare „Werke“ (§§ 836–838)	986
5.1	Der Kreis der erfassten Objekte	986
5.2	Die erfassten Vorgänge	987
5.3	Die erfassten Schäden	987
5.4	Wer haftet?	987
5.5	Umfang der Sorgfaltspflicht	988
6.	Haftung des Führers eines Kraftfahrzeugs nach § 18 StVG	988
7.	Haftung nach § 7 BDSG	989
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	989
 Kapitel 28. Gefährdungshaftung und Haftung aus Eingriff		
1.	Überblick	991
1.1	Gefährdungshaftung	991
1.1.1	Grundgedanke	991
1.1.2	Enumerationsprinzip	992
1.1.3	Uneinheitlichkeit	993
1.2	Eingriffshaftung	994

1.3	Überblick über den Gang der Darstellung	995
2.	Haftung des Tierhalters nach § 833 Satz 1	995
2.1	Tiere und andere Lebewesen	995
2.2	Wer ist „Halter“?	996
2.3	Der Schutzzweck der Norm: Haftung bei Verwirklichung der Tiergefahr	996
2.4	Rechtsfolgen	997
2.5	Anhang: Schäden bei der Jagd	997
3.	Haftung für Fahrzeuge	998
3.1	Eisenbahn	998
3.1.1	„Bei dem Betriebe einer Eisenbahn oder Schwebebahn“ ..	998
3.1.2	Verletzte Rechtsgüter	998
3.1.3	Ausschluss der Haftung durch höhere Gewalt	999
3.1.4	Haftungshöchstgrenzen	999
3.2	Kraftfahrzeuge	999
3.2.1	Wer ist „Halter“?	999
3.2.2	„Bei dem Betrieb“ eines Kraftfahrzeugs	1000
3.2.3	Begrenzung durch den Schutzzweck	1000
3.2.4	Ausschluss der Haftung wegen höherer Gewalt	1001
3.2.5	Ausschluss der Haftung gegenüber bestimmten Personen ..	1002
3.2.6	Ausschluss der Haftung bei Schwarzfahrten	1002
3.2.7	Umfang der Ersatzpflicht	1003
3.2.8	Haftpflichtversicherung	1003
3.2.9	Anhänger	1004
3.3	Luftfahrzeuge	1005
4.	Haftung für bestimmte Energieträger	1006
4.1	Die Fälle des § 2 HPflG	1006
4.1.1	Die sog. Wirkungshaftung	1006
4.1.2	Die sog. Zustandshaftung	1006
4.1.3	Haftungsausschluss	1007
4.2	Atomhaftung	1007
5.	Eingriffshaftung	1009
5.1	Rechtsdurchsetzung auf eigene Gefahr	1009
5.2	Eingriff zum Schutz höherwertiger Rechtsgüter	1009
5.3	Ausgleichsansprüche zwischen Nachbarn	1010
5.3.1	Überbau nach § 912	1010
5.3.2	Notweg nach § 917	1010
5.3.3	Duldung von Immissionen und anderen Einwirkungen ..	1010
6.	Billigkeitshaftung nach § 829	1011

7.	Besonderheiten der Staatshaftung	1012
8.	Wiederholungsfragen und Fälle	1013

Kapitel 29. Sonderregeln zur Produkthaftung

1.	Einführung	1014
1.1	Die Ausgangssituation und die BGH-Rechtsprechung	1014
1.2	ProdHG, AMG, GenTG	1015
1.3	Rechtspolitische Bedeutung	1016
1.4	Überblick	1016
2.	Produzentenhaftung nach § 823 Abs. 1	1016
2.1	Die verschiedenen Fälle von fehlerhafter Beschaffenheit	1016
2.1.1	Konstruktionsfehler	1016
2.1.2	Fabrikationsfehler	1018
2.1.3	Instruktionsfehler	1019
2.2	Die Verteilung der Beweislast	1020
2.3	Wer haftet als „Hersteller“?	1021
2.4	Umfang der Haftung	1022
2.5	Haftung nach § 823 Abs. 2	1023
3.	Produkthaftung nach dem ProdHG	1023
3.1	Was ist ein „Produkt“?	1023
3.2	„Fehler“ statt Verkehrspflichtverletzung	1024
3.3	Die grundsätzliche Haftung und ihre Ausnahmen	1024
3.4	Wer haftet?	1026
3.5	Beschränkungen der Haftung	1027
4.	Haftung für fehlerhafte Arzneimittel	1028
5.	Haftung nach dem Gentechnikgesetz (GenTG)	1030
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	1030

Kapitel 30. Was bedeutet „Schadensersatz“?

1.	Grundlagen	1031
1.1	Die §§ 249 ff. als allgemeiner Rahmen	1031
1.1.1	Naturalrestitution oder Geldersatz	1031
1.1.2	Entgangener Gewinn	1032
1.1.3	Immaterielle Schäden	1034
1.2	Unmittelbar und mittelbar Geschädigte	1034
1.3	Der Schaden als Differenzproblem	1035
1.3.1	Die „Totalreparation“ des konkret entstandenen Schadens	1035
1.3.2	Die prekäre Grenze zwischen materiellem und immateriellem Nachteil	1036

1.3.3	Leistungen durch Dritte	1040
1.3.4	Vorteilsausgleichung und Abzug „Neu für Alt“	1041
1.3.5	Aufwendungen des Geschädigten: Vorhaltekosten, Zeitaufwand für Schadensregulierung	1043
1.3.6	Das Problem der „Reserveursache“ und des rechtmäßigen Alternativverhaltens	1045
2.	Personenschäden	1046
2.1	Heilungskosten	1046
2.2.1	Umfang	1046
2.1.2	Nicht durchgeführte Behandlung	1047
2.1.3	Besuchskosten	1047
2.2	Verhinderter Einsatz der Arbeitskraft	1048
2.2.1	Grundsatz	1048
2.2.2	Gesetz- und sittenwidriger Erwerb	1048
2.2.3	Tätigkeit im Haushalt	1049
2.2.4	Die abstrakte Möglichkeit zur Arbeit	1049
2.3	Vermehrte Bedürfnisse	1050
2.4	Schmerzensgeld	1050
2.4.1	Funktion	1051
2.4.2	Schwerstgeschädigte	1051
2.4.3	Bemessungsfaktoren	1052
2.4.4	Existenz einer Versicherung	1053
2.4.5	Vererblichkeit	1053
2.5	Sonderregeln im Falle der Tötung	1053
2.5.1	Beerdigungskosten	1053
2.5.2	Unterhaltsansprüche der Hinterbliebenen	1054
2.5.3	Anspruch wegen entgangener Dienste	1055
2.5.4	Übertragung ins Vertragsrecht?	1055
2.5.5	Schutzlücken	1056
3.	Sachschäden	1057
3.1	Probleme der Reparaturkosten	1057
3.1.1	Reparatur oder „Totalschaden“?	1057
3.1.2	Verletzte Tiere	1057
3.1.3	Geld für nicht vorgenommene Reparaturen	1058
3.1.4	Werkstattrisiko	1059
3.2	Bewertungsprobleme in Bezug auf die Sache selbst	1059
3.3	Deliktsrechtliche Sonderbestimmungen wegen Entziehung oder Beschädigung einer Sache	1060
4.	Schadensersatz bei Eingriffen in andere Rechtsgüter	1061

4.1	Immaterialgüterrechte	1061
4.2	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	1063
5.	Schadensliquidation im Drittinteresse	1065
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	1067

Kapitel 31. Mitwirkendes Verschulden, Handeln auf eigene Gefahr, vertragliche und gesetzliche Beschränkung der Haftung

1.	Einleitung	1068
2.	Das „mitwirkende Verschulden“	1069
2.1	§ 254 als Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes	1069
2.1.1	Entstehung des Schadens	1069
2.1.2	Minderung des Schadens	1070
2.1.3	„Verschulden gegen sich selbst“	1070
2.1.4	Mitwirkende Betriebsgefahr	1070
2.1.5	Übertragung auf Gefährdungs- und Eingriffshaftung	1071
2.2	Rechtsfolgen und Einzelfragen	1071
2.3	Einstehen für Hilfspersonen	1073
2.4	Einstehen für gesetzliche Vertreter	1073
2.5	Ersatzansprüche mittelbar Geschädigter	1074
2.6	Beweislast	1074
2.7	Rechtspolitische Einschätzung	1074
3.	Handeln auf eigene Gefahr	1075
4.	Beschränkung oder Ausschluss der Haftung durch Vertrag	1076
4.1	Individualverträge	1076
4.2	AGB	1076
5.	Gesetzliche Minimierung des Risikos: Providerhaftung	1077
5.1	Überblick	1077
5.2	Der erfasste Personenkreis	1078
5.3	Content-Provider	1079
5.4	Service-Provider	1079
5.5	Access-Provider	1080
5.6	Einschätzung und offene Fragen	1081
6.	Wiederholungsfragen und Fälle	1082

Kapitel 32. Verantwortlichkeit mehrerer Schädiger

1.	Einleitung	1083
2.	Die einzelnen Formen des Zusammenwirkens	1083

2.1	Mittäterschaft, Anstiftung und Beihilfe	1083
2.2	Alternativtäterschaft nach § 830 Abs. 1 Satz 2	1085
2.3	Nebentäterschaft	1087
3.	Die gesamtschuldnerische Haftung	1088
3.1	Der Grundsatz und seine Erstreckung auf konkurrierende Vertragsansprüche	1088
3.2	Rückgriffsregeln	1088
4.	Probleme des mitwirkenden Verschuldens	1089
5.	Wiederholungsfragen und Fälle	1090

Kapitel 33. Schutz bei rechtswidrigen Eingriffen: Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch, Herausgabe des Erlangten

1.	Die Ergänzungsfunktion des § 1004 und der sog. Eingriffskondiktion	1091
1.1	Anspruch auf Beseitigung und Unterlassung nach § 1004	1091
1.1.1	Anwendungsbereich	1091
1.1.2	Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen	1092
1.1.3	Legitimation	1093
1.2	Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten nach § 812 Abs. 1 Satz 1 zweite Alt.	1093
1.3	Überblick	1093
2.	Der Beseitigungsanspruch	1094
2.1	Das Vorliegen einer „Beeinträchtigung“	1094
2.2	Wer ist „Störer“?	1095
2.2.1	Handlungstörer	1095
2.2.2	Zustandsstörer	1096
2.3	Duldungspflichten	1096
2.4	Was bedeutet „Beseitigung“?	1097
2.5	Grenzen des Anspruchs	1098
3.	Unterlassungsanspruch	1098
3.1	Drohende Beeinträchtigung	1098
3.2	Inhalt des Unterlassungsanspruchs	1099
4.	Eingriffskondiktion	1100
4.1	Erwerb „auf Kosten“	1101
4.2	Erwerb „ohne rechtlichen Grund“	1102
4.3	Herausgabe des „Erlangten“	1105
5.	Wiederholungsfragen und Fälle	1106

Kapitel 34. Umwelthaftung

1.	Die Problematik	1107
2.	Die Gefährdungshaftung nach § 22 WHG	1109
2.1	Die Haftung des Handelnden nach § 22 Abs. 1 WHG	1110
2.1.1	Voraussetzungen im Einzelnen	1110
2.1.2	Mitverursacher	1111
2.2	Die Anlagenhaftung nach § 22 Abs. 2 WHG	1112
2.3	Höhere Gewalt	1112
2.4	Rechtsfolgen	1112
3.	Beschränkter Schutz vor Luftverschmutzung: Abwehr von Immissionen und Ausgleich in Geld	1113
3.1	Die Grundentscheidungen des § 906	1113
3.1.1	Was wird geregelt?	1113
3.1.2	Unwesentliche und wesentliche, nicht ortsübliche und ortsübliche Einwirkungen	1114
3.2	Die Duldung unwesentlicher Beeinträchtigungen	1115
3.3	Die differenzierte Behandlung wesentlicher Beeinträchtigungen	1116
3.3.1	Nicht ortsübliche wesentliche Beeinträchtigungen	1116
3.3.2	Die ortsüblichen wesentlichen Beeinträchtigungen	1117
3.4	Mehrere Emittenten	1118
3.5	Entsprechende Anwendung des § 906	1119
3.5.1	Grundstücksrecht	1119
3.5.2	Erstreckung auf bewegliche Sachen?	1120
3.6	Beweislast	1120
3.7	Die Sonderregelung des § 14 BImSchG	1120
4.	Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG)	1121
4.1	Gefährdungshaftung für bestimmte Anlagen	1121
4.2	Kausalitätsvermutung	1122
4.3	Rechtsfolgen	1122
4.4	Insbesondere: Berücksichtigung ökologischer Schäden ..	1123
5.	Haftung nach § 823 Abs. 1	1123
6.	Behandlung ökologischer Schäden	1124
7.	Wiederholungsfragen und Fälle	1127

Anhang	1129
I. Lösungen zu Wiederholungsfragen und Fällen	1130
II. Abkürzungsverzeichnis	1177
III. Literaturverzeichnis	1181
Sachverzeichnis	1187

